

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Kerstin Andreae, Tabea Rößner, Cornelia Behm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/1854 –**

Mobilfunkwettbewerb nach der Frequenzauktion

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Versteigerung der durch die Digitalisierung des Rundfunks freigewordenen Mobilfunkfrequenzen hat am 12. April 2010 begonnen. Die Europäische Kommission hatte in einem Schreiben vom 7. Oktober 2009 Befürchtungen geäußert, dass sich bei der Frequenzvergabe eine „eindeutige Diskrepanz“ zu Lasten kleinerer Wettbewerber ergeben und dies die Chancengleichheit auf dem Mobilfunkmarkt beeinträchtigen könne.

In einem Gespräch zwischen der damaligen EU-Medienkommissarin Viviane Reding und dem Präsidenten der Bundesnetzagentur Matthias Kurth am 21. Dezember 2009 wurde vereinbart, dass die Bundesnetzagentur drei Monate nach Abschluss der Auktion eine Untersuchung über die wettbewerblichen Verhältnisse im Mobilfunkmarkt in Deutschland durchführen wird. Dabei sollen insbesondere die Auswirkungen der Auktionsergebnisse auf die Wettbewerbssituation berücksichtigt werden.

1. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung im Vorfeld der Frequenzauktion unternommen, um zu verhindern, dass daraus keine wettbewerblichen Nachteile für kleinere Anbieter entstehen?

Die Zuständigkeit für die Ausgestaltung und Durchführung von Frequenzauktionen liegt allein bei der Bundesnetzagentur.

Die Bundesnetzagentur hat bereits im Jahr 2005 mit dem GSM-Konzept Maßnahmen auf den Weg gebracht, um die regulatorischen Rahmenbedingungen für die Verteilung der sog. GSM-Frequenzen für Mobilfunkdienste anzugleichen. In diesem Frequenzspektrum (900, 1 800 und 2 000 MHz) verfügten alle Mobilfunkunternehmen, die an der diesjährigen Versteigerung teilnahmen, vorab über annähernd gleich viel Spektrum.

2. Teilt die Bundesregierung die Befürchtungen der Europäischen Kommission, dass sich aus der Frequenzvergabe eine Wettbewerbsverzerrung zu Lasten der kleineren Anbieter ergeben könnte?

Die anfänglichen Bedenken der Europäischen Kommission richteten sich auf die Zuteilung der Frequenzen der sog. Digitalen Dividende. Diese vormalig für analoge Rundfunkdienste genutzten Frequenzen sind besonders für mobile Datenanwendungen (mobiles Breitband) geeignet.

Bereits im Vorfeld der Versteigerung hatte die Bundesnetzagentur in Abstimmung mit der Europäischen Kommission zugesichert, die Auswirkungen der Versteigerung auf die Wettbewerbssituation im Mobilfunk insgesamt bereits drei Monate nach der Versteigerung zu prüfen und erforderliche Maßnahmen gegen eventuelle Wettbewerbsverzerrungen einzuleiten. Dabei ist die Wettbewerbssituation insgesamt unter Einbeziehung aller zugeteilten Frequenzen zu beurteilen.

3. Woran bemisst die Bundesregierung Chancengleichheit auf dem Mobilfunkmarkt?

Die Chancengleichheit auf dem Mobilfunkmarkt ist auf der Basis einer umfassenden Wettbewerbsbetrachtung zu beurteilen.

4. Wird die Bundesregierung eine eigenständige Prüfung vornehmen, ob die durch die Mobilfunkauktion geschaffene Wettbewerbssituation europarechtliche Vorgaben verletzt?

Nein

Wie zu Frage 2 ausgeführt, wird die zuständige Bundesnetzagentur drei Monate nach der Versteigerung prüfen, ob und inwieweit die durch die Versteigerung entstandene Wettbewerbssituation im Mobilfunk im Rahmen der gesetzlichen und europarechtlichen Vorgaben eine Anpassung der regulatorischen Begleitung notwendig geworden ist. Es ist Aufgabe der Bundesnetzagentur, die auf Grundlage der Prüfung als erforderlich einzustufenden Maßnahmen gegen eventuelle Wettbewerbsverzerrungen einzuleiten.

5. Ist der Bundesregierung bekannt, in welcher Form und mit welchen Methoden die Bundesnetzagentur die Untersuchung zur Wettbewerbssituation auf dem Mobilfunkmarkt durchführen wird?

Die Bundesnetzagentur erarbeitet derzeit auf Grundlage der Versteigerungsergebnisse den konkreten Rahmen der Marktuntersuchung. Dabei kann sie sich auf ihre europarechtlich vorstrukturierten, im Telekommunikationsgesetz (TKG) konkretisierten Untersuchungsbefugnisse stützen, die sie in ständiger Verwaltungspraxis seit Jahren in vergleichbaren Untersuchungen ausübt.

6. Welche Maßnahmen sollte die Bundesnetzagentur aus Sicht der Bundesregierung ergreifen, falls die angekündigte Untersuchung ergibt, dass die Chancengleichheit auf dem Mobilfunkmarkt nicht mehr gewährleistet ist und europarechtliche Vorgaben verletzt werden?

Die Aufgabe, alle erforderlichen Maßnahmen zur Einhaltung der Regulierungsziele des TKG zu treffen, ist im Einklang mit europäischem Recht gesetzlich der Bundesnetzagentur übertragen.

Unbeschadet dessen weist die Bundesregierung darauf hin, dass im Hinblick auf die Umwidmung der Digitalen Dividende nach Artikel 1 Absatz 2 der Richtlinie 87/372/EWG in der Fassung der Richtlinie 2009/114/EG ausdrücklich zu untersuchen ist, ob aufgrund der bestehenden Zuteilung des 900-MHz-Bands Wettbewerbsverzerrungen auf den betroffenen Mobilfunkmärkten wahrscheinlich sind, und solche Verzerrungen, soweit dies gerechtfertigt und verhältnismäßig ist, in Übereinstimmung mit Artikel 14 der Richtlinie 2002/20/EG (Genehmigungsrichtlinie) zu beheben sind.

7. Wie und wann wird die Bundesregierung überprüfen, ob die in den Versteigerungsbestimmungen formulierten Bedingungen für den Versorgungsgrad ländlicher Regionen erfüllt werden?

Es ist nicht Aufgabe der Bundesregierung, die Einhaltung der Versteigerungsbedingungen zu überprüfen, hierfür ist allein die Bundesnetzagentur zuständig.

Zur Sicherstellung der Erfüllung der auferlegten Versorgungsverpflichtung haben die Frequenzzuteilungsinhaber jeweils zum 31. Dezember eines Jahres über den Stand der Frequenznutzungen und des Netzaufbaus sowie des Netzausbaus zu berichten, um zu gewährleisten, dass jeder Frequenzzuteilungsinhaber seine 800-MHz-Frequenzen zügig in den prioritär zu versorgenden Städten und Gemeinden einsetzt.

8. Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung ergreifen, wenn diese Versteigerungsbestimmungen nicht erfüllt werden?

Das TKG gibt der zuständigen Bundesnetzagentur ausreichend Instrumentarium an die Hand, um die im Rahmen der Frequenzzuteilung auferlegten Verpflichtungen zu überwachen und ihre Einhaltung durchzusetzen. Dies kann gemäß § 63 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 TKG im Extremfall bis zum Widerruf der Frequenzzuteilung führen.

